

ZENTRALER KREDITAUSSCHUSS

MITGLIEDER: BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN VOLKSBANKEN UND RAIFFEISENBANKEN E.V. BERLIN • BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN E.V. BERLIN
BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS E.V. BERLIN • DEUTSCHER SPARKASSEN- UND GIROVERBAND E.V. BERLIN-BONN
VERBAND DEUTSCHER PFANDBRIEFBANKEN E.V. BERLIN

Committee of European Banking Supervisors
Tower 42 (level 18)
25 Old Broad Street
London EC2N 1HQ
United Kingdom
CP31@c-eps.org

31. März 2010

Konsultationspapier „CEBS Guidelines on Aspects of the Management of Concentration Risk under the Supervisory Review Process“(CP31)

Sehr geehrte Damen und Herren,

CEBS hat am 11. Dezember 2009 ein Konsultationspapier zu den „Guidelines on Aspects of the Management of Concentration Risk under the Supervisory Review Process“ veröffentlicht. Die Gelegenheit zur Stellungnahme nehmen wir hiermit gerne wahr.

Allgemeine Anmerkungen

Die in Tz. 6 vorgenommene Unterscheidung zwischen intra-risk und inter-risk ist keineswegs künstlich, sondern resultiert aus der faktischen Entwicklung im Finanzsektor. Traditionell haben sich zunächst Modelle zur Risikomessung innerhalb einzelner Risikoarten herausgebildet, die mittlerweile einen sehr hohen Entwicklungsstand aufweisen. Wir stimmen darin überein, dass auch Wirkungszusammenhänge zwischen Positionen in unterschiedlichen Risikoarten abgebildet werden müssen. Modelltheoretische Ansätze weisen hier allerdings keinen vergleichbaren Industriestandard auf, vielmehr befindet sich die praktische Anwendung noch in den Anfängen.

Für viele Institute wird sich daher die risikoartenübergreifende Analyse von Risikokonzentrationen primär im Rahmen der Stresstverfahren bzw. Szenarioanalysen abspielen

müssen. Die Anforderung hinsichtlich eines vollständig integrierten Ansatzes zur Messung und Steuerung von Risikokonzentrationen - wie in CP 31 implizit gefordert - führt zu erheblichem Aufwand, dem kein Nutzen gegenüber steht. Außerdem verweisen wir auf das mit der inter-risk-Integrationsansätzen einhergehende Modellrisiko.

In diesem Zusammenhang wird bereits aus dem Wortlaut des Konsultationspapiers erkennbar, dass es sich bei Konzentrationsrisiken nicht um eine eigene Risikoart handelt, sondern vielmehr um Risikokonzentrationen, die aus Positionen innerhalb einer Risikoart, aber auch aus potenziellen Wirkungszusammenhängen zwischen Positionen in unterschiedlichen originären Risikoarten resultieren können. In der betriebswirtschaftlichen Betrachtung möglicher Auswirkungen dieser Wirkungszusammenhänge zwischen diesen Positionen liegt unseres Erachtens die Herausforderung für die Institute.

Es ist zu begrüßen, dass sich gemäß Tz. 11 bei kleineren und mittleren sowie bei einfach strukturierten Instituten das Management von Risikokonzentrationen auf Kreditportfolien beschränken kann. Allerdings hebt unseres Erachtens CEBS zu Unrecht hervor, dass regional tätige und spezialisierte Kreditinstitute per se Risikokonzentrationen aufweisen und besonders sorgfältig damit umzugehen haben. Insbesondere vor dem Hintergrund des in Tz. 11 verankerten Prinzips der Proportionalität sollte CEBS auf die risikoreduzierende Bedeutung von lokaler Marktkenntnis und spezialisierter Expertise dieser Institute hinweisen.

Die vorgeschlagenen Änderungen ziehen zum Teil umfassenden Anpassungsbedarf in den Instituten nach sich. Dies bezieht sich insbesondere auf die IT-Umsetzung. Es sollte u. E. klargestellt werden, dass es sich bei dem genannten Termin 31.12.2010 um den angestrebten Zeitpunkt der Umsetzung in jeweiliges nationales Recht und nicht um die Implementierung der neuen Regeln in den jeweiligen Banken handelt.

Die in Tz. 13 angesprochene „implementation study“ ist missverständlich. Wir bitten um eine kurze Darstellung, welche Aktivitäten darunter zu verstehen sind.

General considerations and principles for concentration risk management

Tz. 27 verlangt von Instituten eine korrekte Bepreisung von Risiken. Gleichzeitig wird in diesem Zusammenhang ein vorausschauender Ansatz zum Management von Risikokonzentrationen auf Basis möglicher Umfeldentwicklungen gefordert. Während wir den beiden Forderungen grundsätzlich zustimmen, ist die Vermischung im Rahmen von Tz. 27 irreführend: Da bestimmte Risikokonzentrationen – z. T. solche, die risikoartenübergreifend wirken – erst im Rahmen von Stresstests erkannt werden (siehe dazu u. a. Tz. 24, 29,

61), entziehen sich diese vielfach modelltheoretischen Messansätzen und damit einem zuverlässigen objektiven Pricing. Der Pricing-Begriff in Tz. 27 wird zudem nicht konkretisiert, d. h. es bleibt unklar, ob internes Transfer-Pricing, Konditionengestaltung im Kundengeschäft oder Benchmarks im Sinne von fairen Marktpreisen gemeint sind. Aus unserer Sicht zielt das Management von Risikokonzentrationen unter Berücksichtigung verfügbarer „Counterbalancing Capacities“ darauf ab, ein Institut vor der Übernahme zu großer Risikopositionen zu schützen und für diese zu sensibilisieren, betrifft aber nicht die Preisbildung zur Übernahme von Risiken. Die Anforderung sollte insofern aus der Textziffer gestrichen werden.

Tz. 35 könnte als Anforderung verstanden werden, sämtliche Exposures einer Limitierung zu unterwerfen – was wir nicht für sinnvoll halten. Vielmehr sollte sichergestellt sein, dass geeignete Steuerungsmechanismen implementiert sind. Sofern diese ohne Limitierungen auskommen, sollte das entsprechende Vorgehen nicht unnötig eingeeengt werden. Eine Limitierung – insbesondere für die sich aus intra risk exposures ergebene Risikokonzentrationen – erfolgt in der Regel bereits auf der Basis der regulären Risikomessverfahren.

Tz. 43 fordert ein „monitoring and reporting framework for risk concentrations“. Es sollte klargestellt werden, dass hier nicht zwingend ein eigenes Reporting erforderlich ist, sondern Risikokonzentrationen im Rahmen der turnusmäßigen Risikoberichterstattung berücksichtigt werden können.

Gemäß **Tz. 47** sollen Institute ihr Brutto- und Netto-Exposure gegenüber Risikokonzentrationen ermitteln. Die Textziffer unterstellt damit implizit, Risikokonzentrationen könnten getrennt von den originären Risikoarten gemessen und mit Kapital unterlegt werden, was nicht der Fall ist. Die Messung von Risikopositionen auf Portfolioebene umfasst regelmäßig auch die entsprechenden Konzentrationen. Eine pauschale gesonderte Unterlegung von Risikokonzentrationen führte mithin zu einer Doppelunterlegung im Rahmen des ICAAP. Die Herausforderung für die Institute besteht eher in der Identifikation von Risikokonzentrationen, die mit den gängigen Modellen bislang nicht ausreichend adressiert wurden. Für diese ist dann – insbesondere soweit sie im Rahmen von Stresstests ermittelt wurden – jeweils zu prüfen, inwiefern eine Unterlegung mit Eigenkapital ökonomisch erforderlich ist und/oder andere Maßnahmen angezeigt sind.

Tz. 50 beschreibt Risikokonzentrationen, die aus „common underlying factors“ resultieren. Für den Bereich der Verbriefungen wurden diesbezüglich im Rahmen der Säule I entsprechende Anforderungen bereits zu CEBS CP 26 diskutiert. Wir möchten auf die dort

geführten Diskussionen verweisen und zwei Punkte besonders herausstellen: Eine Durchschau auf die entsprechenden Underlyings ist in vielen Fällen erforderlich, aber dennoch Materialitätsschwellen zu unterwerfen, d. h. nicht in allen Fällen per se durchzuführen. Für bis einschließlich 2010 kontrahierte Geschäfte sind zudem Übergangsfristen erforderlich, da die entsprechenden Instrumente und Prozesse nicht ad hoc umgesetzt werden können. Wir wären für entsprechende Hinweise in CP 31 dankbar, damit die Institute nicht im Rahmen der konkreten Vor-Ort-Prüfungen mit unangemessenen Anforderungen konfrontiert werden.

CEBS stellt in **Tz. 63** dar, dass VaR-Modelle nicht in der Lage sind, Marktrisikokonzentrationen adäquat zu erfassen. In Verbindung mit Leitlinie 7 ist klarzustellen, dass VaR-Modelle weiterhin zur Beurteilung von Risikokonzentrationen herangezogen werden können. Aus unserer Sicht sollte der Einsatz von VaR-Modellen nicht in Frage gestellt werden.

Management and supervision of concentration risk within individual risk areas

Tz. 78 (Operational Risk) fordert eine Berücksichtigung von „Near Misses“ und „Operational Risk Gains“. Eine ähnliche Vorgabe wurde bereits im Zusammenhang mit dem AMA diskutiert. Gemäß derzeit gültiger Auslegung sind Near Misses und Risk Gains nicht in der Modellierung der Kapitalunterlegung zu berücksichtigen. Sie dürfen jedoch im Rahmen der Steuerung Anwendung finden. Vor diesem Hintergrund sollte auf eine korrespondierende Anforderung im Rahmen der Betrachtung von Risikokonzentrationen verzichtet werden.

Tz. 85 ff (Liquidity Risk) befasst sich mit der Identifizierung von Risikokonzentrationen im Bereich des Liquiditätsrisikos. In diesem Zusammenhang möchten wir insbesondere auf die geplanten Anforderungen des Baseler Ausschusses („International Framework for Liquidity Risk Measurement, Standards and Monitoring“ vom 17.12.2009) sowie der Europäischen Kommission („Possible further Changes to the Capital Requirements Directive“ vom Februar 2010) zur Errichtung eines einheitlichen Liquiditätsregimes hinweisen. Da die bei der Zusammensetzung der Liquiditätspuffer berücksichtigungsfähigen Assets im Wesentlichen auf Cash und erstklassige Staatsanleihen beschränkt werden sollen, könnten sich als Konsequenz regulatorisch veranlasste Risikokonzentrationen ergeben.

Nach Guideline 14 (**Tz. 92**) müssen Kreditinstitute auch mit Blick auf ihre Refinanzierung entsprechende Risikokonzentrationen identifizieren und überwachen. Abzustellen ist hierbei auf jene Faktoren, die zu einem plötzlichen und in seiner Ausprägung signifikanten

Ausfall von Refinanzierungsquellen führen können. Im Rahmen der beispielhaften Aufzählung einzelner Produkte und Quellen werden im Abschnitt secured funding sources Covered Bonds in einer Reihe mit asset-backed commercial papers und securitisation of loans genannt. Wir möchten darauf hinweisen, dass es sich mit Blick auf die Geschäftstätigkeit deutscher Pfandbriefbanken um ein valides Geschäftsmodell handelt, dem strenge gesetzliche Vorgaben und ausgeprägtes Expertenwissen zu Grunde liegt. Auf Grund gesetzlicher Vorgaben kann es bei Pfandbriefen auch nicht zu einer vorzeitigen Fälligkeit kommen, so dass Zahlungsverbindlichkeiten aus Pfandbriefen nie überraschend auftreten. Auch kamen selbst während der akuten Phase der Finanzmarktkrise weder der Primär- noch der Sekundärmarkt für Pfandbriefe zum Erliegen. Zwar verringerten sich die Emissionsvolumina, die Emissionstätigkeit wurde aber durchgängig aufrechterhalten. Während manche der in der Auflistung enthaltenen Refinanzierungsquellen gänzlich ausgetrocknet sind, war dies bei Pfandbriefen nicht der Fall. Wir regen daher an, Covered Bonds aus der Aufzählung zu streichen.

Bei Fragen stehen wir Ihnen natürlich jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Für den

ZENTRALEN KREDITAUSSCHUSS



i.A.

Dr. Silvio Andrae



i.A.

Hartmut Kämpfer